

## Pressemitteilung

Ansbach, 18.05.2011

*Auf schriftliche Aufforderung zur Vorlage von Planungsunterlagen nicht reagiert:*

*Schwarzbauten: US-Armee verstößt vorsätzlich gegen geltendes Recht*

*Appell an Behörden: "Nicht auf der Nase herumtanzen lassen"*

*Die US-Armee gibt in Sachen Zaunbauten weiterhin kein gutes Bild ab: Wie jetzt bekannt wurde, hat das Staatl. Bauamt Nürnberg (StBaN) am 13.10.2010 die US-Armee schriftlich aufgefordert, Planungsunterlagen für Bauvorhaben östlich der Shipton- und der Bismarck-Kaserne einzureichen, worauf die Behörde keine Reaktion des Militärs erhielt. Damit steht fest, dass die US-Armee bei der Errichtung der Zaunanlagen vorsätzlich gegen geltendes Recht verstößt. Die Zäune sind folglich mit Fug und Recht als Schwarzbauten zu bezeichnen. Zudem trifft die Aussage in der Pressemitteilung der Offenen Linken vom 12.05.11, das StBaN habe die US-Armee aufgefordert, den Zaunbau an der Shipton-Kaserne einzustellen, laut Regierung und entgegen Behauptungen der US-Armee zu.*

*Dass die Katterbacher Armeeführung eigenen Angaben zufolge nicht (mehr) weiß, was auf dem eingezäunten Gelände gebaut werden soll, ist der Gipfel einer unsäglichen Des-Informationspolitik nach dem Motto "Tarnen, Tricksen und Täuschen". Dass der Zweck der militärischen Erweiterungsfläche östlich Katterbachs, der im diesbzgl. Enteignungsverfahren von 2008 schriftlich fixiert wurde, nun offenbar ebenfalls in Frage steht, gibt Anlass auch alle weiteren früheren Aussagen der US-Armee zu Bauprojekten, etwa am Urtas, mit Blick auf deren Wahrheitsgehalt einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen. Die Offene Linke erinnert in diesem Zusammenhang die Oberbürgermeisterin an ihr Versprechen aus der Stadtratssitzung vom 12.04.11, gegen jegliche militärische Erweiterung in Ansbach vorzugehen. Dies muss auch für die jetzt eingezäunten Flächen gelten.*

*Angesichts der großen Verwirrung über die Zuständigkeiten und die Bauaufsicht zwischen den Behörden, appelliert die Offene Linke, sich nicht von der US-Armee auf der Nase herumtanzen zu lassen. Die lapidaren Aussagen des Militärs in der heutigen FLZ, das offenbar der Meinung ist, es sei völlig normal, ohne Genehmigung Acker- und Wiesenflächen einzuzäunen, schaden dem Rechtsempfinden aller Bürger und können so nicht stehen bleiben. Während sich Häuslebauer in einem engen bürokratischen Korsett eingebunden fühlen, entsteht so der Eindruck, die US-Armee könne sich ohne Folgen über geltendes Recht hinwegsetzen.*

*Die staatlichen Baubehörden müssen nun dafür sorgen, dass Recht und Gesetz in Ansbach wieder für alle verbindlich wird und unsere Stadt nicht zur Bananenrepublik des US-Militärs herabsinkt.*

*Sollten die staatlichen Bauämter nicht in der Lage sein, den Pflichten einer Bauaufsicht nachzukommen, so fällt diese Zuständigkeit nach dem Subsidiaritätsprinzip an die Stadt Ansbach als "Untere Bauaufsichtsbehörde". Der städtische Bauhof könnte sich bald Gedanken über Abbau und Einlagerung mehrerer hundert Meter Zaun machen müssen.*

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*